



Firmenportrait bei MANN+HUMMEL

# Filter sind Waschmaschinen für die Luft

NR. 1 Januar 2008

31. Jahrgang

## **Tarifpolitik**

Auftakt ins  
Tarifjahr 2008

*Seite 3*



## **Energiepolitik**

Energiepreise als  
Wachstumsrisiko

*Seiten 4/5*



## **Nahaufnahme**

Aus der pfälzischen  
M+E-Industrie

*Seiten 8/9*





Foto: Paramount Pictures

## Energie!

**E**s ist so einfach: Wenn Captain Kirk per Knopfdruck einen gebündelten Energiestrahl aus seinem Phaser schießt oder Captain Picard eine Generation später mit einer schwungvollen Armbewegung und dem Befehl: „Energie!“ sein Raumschiff auf vielfache Lichtgeschwindigkeit beschleunigt, dann hat dies eine ähnliche Selbstverständlichkeit, wie die Tatsache, dass der Strom aus unserer heimischen Steckdose kommt. Doch die bei Star Trek geschilderte Zukunft ist (noch) nicht unsere: Denn Energie ist knapp, die Rohstoffe, die für ihre Gewinnung benötigt werden sind endlich und die Nachfrage steigt.

So etwa lässt sich die aktuelle Situation zusammenfassen. Denn Öl und Gas sind nur noch beschränkt verfügbar. Kohle ist in Zeiten von CO<sub>2</sub>-Diskussionen zumindest nicht mehr politisch korrekt und Atomkraft geht ja gar nicht mehr. Bleiben also noch die Naturgewalten Wind, Wasser und Sonne, um die Energieversorgung in der Zukunft sicherzustellen. Doch diese Technologien sind erkennbar noch nicht so weit. Wenn dazu nun auch noch der Energiehunger der aufstrebenden Schwellenländer einen zusätzlichen Bedarf anmeldet, dann reagiert der Energiemarkt wie jeder andere Markt auch, auf dem sich die Güter verknappen und die Nachfrage steigt: Die Preise gehen hoch.

Hierfür nun die Verantwortung bei den Versorgungsunternehmen zu suchen ist für die Politik ein einfacher Weg – objektiv betrachtet ist er jedoch deutlich zu einfach. Denn einerseits ist es natürlich richtig festzustellen, dass 40 Prozent des Strompreises staatliche Abgaben ausmachen. Und andererseits ergibt sich die Verknappung der Energie durch den – politisch gewollten – Verzicht auf die Kernenergie. Aber klar ist auch: Wer etwas für sein ökologisches Gewissen tut, der muss auch dafür gerade stehen, wenn dies negative Auswirkungen auf den Preis hat. Wer diese Verantwortung aber in Gänze auf andere abwälzen will, statt sie anzuerkennen, der gehört eher wegbeamt als wiedergewählt!

*Marcel Speker*

[marcel.speker@pfalzmetall.de](mailto:marcel.speker@pfalzmetall.de)

### inhalt

#### tarifpolitik

**3** Steuersenkungen sind doppelt gut

#### energiepolitik

**4/5** Energiepreise als Konjunktur-Risiko?

#### firmenportrait

**6/7** Intelligente Filter reinigen sich selber

#### nahaufnahme

**8/9**

#### service: versicherungen

**10** Auf Nummer sicher bei Versicherungen

#### die gute tat

**11** Katastrophen-Vorsorge als Aufgabe

#### grafik des monats

**12** Shoppen für Steinbrück

### impressum

Herausgeber: **PFALZMETALL**  
 Friedrich-Ebert-Straße 11–13, 67433 Neustadt  
 Internet: [www.pfalzmetall.de](http://www.pfalzmetall.de)  
 Redaktion: Marcel Speker (verantw.)  
 Gestaltung: Rainer Sauter  
 Anschrift der Redaktion:  
 FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,  
 Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39  
 E-Mail: [ferrum@pfalzmetall.de](mailto:ferrum@pfalzmetall.de)  
 FERRUM erscheint monatlich.  
 Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,  
 Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.  
 Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

Auftakt ins Tarifjahr 2008

## Steuersenkungen sind doppelt gut

**Auch im neuen Jahr wird in verschiedenen Branchen – so auch in der Metall- und Elektroindustrie – die Frage zu diskutieren sein, welche Veränderungen beim Entgelt möglich und verträglich und welche tariflichen Vereinbarungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen gangbar sind. Dabei wird es wieder darum gehen, das Mögliche mit dem Wünschenswerten in Einklang zu bringen.**

**W**as eigentlich in die Hände der Tarifparteien gehört, scheint gerade zu Jahresbeginn vermehrt auch eine Vielzahl anderer Akteure zu interessieren. Die Forderungen von Teilen der Politik nach

*»Damit der jüngste Anstieg der Inflation vorübergehend bleibt, darf die jetzige Preissteigerung keinen Einfluss auf die Lohn- und Preispolitik haben.«*



EZB-Präsident Jean-Claude Trichet

„ordentlichen Lohnsteigerungen“ weist PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon mit dem Hinweis auf die Tarifautonomie zurück.

*»Wir werden in diesem Jahr durch die weltwirtschaftliche Situation – denken Sie nur an den Ölpreis und die amerikanische Finanzkrise – eine schwierigere Entwicklung haben als 2007. Jeder wünscht natürlich, dass der Aufschwung möglichst vielen Bürgern mehr Netto bringt. Aber Löhne müssen erarbeitet werden und können nicht politisch festgesetzt werden.«*

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Foto: CDU

„Es ist geradezu grotesk, dass die Politik mit der Mehrwertsteuer-Erhöhung die Grundlage für eine höhere Inflationsrate im vergangenen Jahr gelegt hat. Und nun erwartet sie von den Unternehmen, dass sie die so entstandenen Preissteigerungen über Lohnerhöhungen wieder ausgleichen“, so Simon.

Die Senkung von Steuern und Abgaben sei deswegen der bessere Weg, weil diese Veränderungen direkt, „also brutto für netto“ bei den Menschen ankommen. Jedes zusätzliche Prozent an Entgelt hingegen werde von Steuern und Lohn-

*Ein Ende der Bescheidenheit könne »hier allzu leicht ein Ende des Aufschwungs bedeuten – mit den bekannten negativen Konsequenzen für Wachstum und Wohlstand hierzulande.«*

DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun



zusatzkosten beträchtlich aufgefressen. „Angemessene Tarifverträge haben in den vergangenen Monaten nicht nur die Arbeitnehmer am Aufschwung beteiligt, sondern gleichzeitig auch die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze in einem kaum gekannten Ausmaß geschaffen“, sagt Werner Simon. Von Nachholbedarf könne, etwa mit Blick auf den Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie, daher keine Rede sein.

Als Beispiel für effektive Abgabensenkungen nennt Simon die aktuellen Entlastungen aus der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, die in diesem

*»Wir müssen die Beschäftigten immer mehr nach ihrer Leistung und dem Erfolg des Unternehmens bezahlen.«*



Deutsche Bank-Chefvolkswirt Prof. Dr. Norbert Walter

Monat erstmals auf der Gehaltsabrechnung auftauchen werden: „Hier erhalten die Bürger direkt rund 0,5 Prozent mehr Geld in die Lohntüte. Um diesen Netto-Effekt in einer Tarifrunde zu erreichen, müssten die Löhne etwa um das Doppelte steigen – bei zusätzlicher finanzieller Belastung der Arbeitgeber.“ Er findet daher „Steuersenkungen doppelt so gut wie Lohnerhöhungen“.

Eine Verringerung der Belastungen durch Steuern und Lohnzusatzkosten sei das beste Instrument zur Ankurbelung der Binnennachfrage, ist sich Werner Simon sicher.



Foto: shell

## Energiepreise als Konjunktur-Risiko?

**Die Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise treibt den Unternehmen die Sorgenfalten ins Gesicht. Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln schätzten nur sechs Prozent der befragten Unternehmen steigende Energiepreise als unbedeutend ein. Für 57 Prozent der Befragten ist die Bedeutung dieser Konjunkturrisiken hoch.**

**D**iese Einschätzung kann nicht überraschen, sind doch die meisten in der jüngsten Vergangenheit auch im privaten Umfeld mit steigenden Energiepreisen konfrontiert worden. Das Bundeskartellamt hat diese Entwicklungen zum Anlass genommen und zum Jahresbeginn eine neue Abteilung für die „Missbrauchsaufsicht bei Strom, Gas und Fernwärme“ eingerichtet. Ob der schwarze

Peter in dieser Frage jedoch bei den Energieversorgern richtig aufgehoben ist, sei dahingestellt (siehe Kurzinterview mit Dr. Hannowsky). Sicher ist: Allein an Energiesteuer nahm der Bund im vergangenen Jahr knapp 40 Milliarden Euro ein – die als indirekte Steuer durch die Verbraucher aufgebracht werden müssen.

Was sich in so manchem privaten Haushalt spürbar im Budget niederschlägt, bleibt auch in der Industrie nicht unbemerkt – zumal hier der Energiebedarf in der Regel deutlich höher liegt. Strom und Gas sind die wichtigsten Energien für die Industrie. Knapp 90 Prozent der gesamten Energiekosten der deutschen Industrie entfallen auf Strom und Gas. Insgesamt benötigt die deutsche Industrie 250 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr – das ist fast die Hälfte der deutschen Stromerzeugung. In Industrieproduktionen wie der Aluminium- und

Chlorherstellung sind die Stromkosten höher als die Lohnkosten. Unsere stromintensiven Branchen Chemie, Glas, Nicht-eisenmetalle, Papier, Stahl und Zement sind industrielle Kerne mit 650.000 Beschäftigten und stehen im internationalen Wettbewerb.

„Klar ist: Die deutsche Industrie braucht Energie zu bezahlbaren Preisen. Kernenergie bietet neben der Braunkohle die kostengünstigste Stromerzeugung. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die Strompreise weiter spürbar steigen lassen. Die weitere Nutzung der Kernenergie gewährleistet die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Und nur eine wettbewerbsfähige Industrie sichert Deutschlands Wohlstand.“ Das sagte der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) Jürgen R. Thumann im vergangenen Jahr auf einer Fachtagung zum Thema.

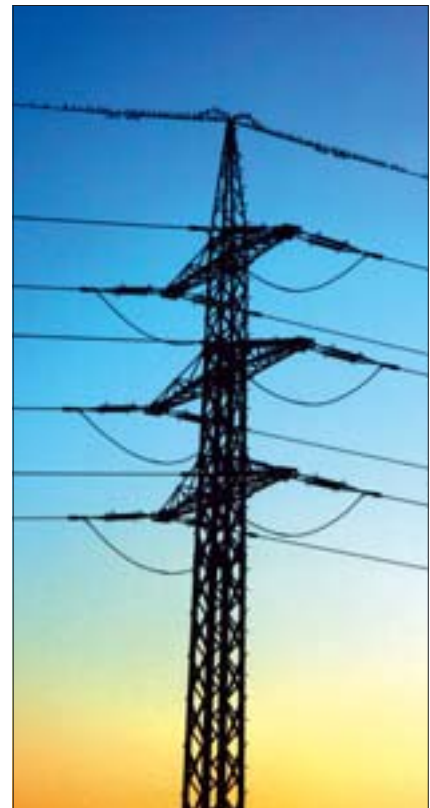


Foto: © PIXELIO



**Drei Fragen an: Dr. Dirk Hannowsky, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Energie Südwest e.V. (Mainz)**

**ferrum:** Herr Dr. Hannowsky, die Energiepreise haben sich zu einem großen Kostentreiber entwickelt. Sie belasten Haushalte wie Unternehmen und drohen, das zarte Pflänzchen Wachstum in Deutschland gleich wieder zu ersticken. Woran liegt das?

## „Der Energiehunger von China ist immens“

**Dr. Hannowsky:** Eine wichtige Ursache hierfür ist natürlich die stark zunehmende Nachfrage in den sich entwickelnden Ländern. Insbesondere der Energiehunger von China ist immens.

**ferrum:** Was kann die Politik tun, damit die Energiepreise wieder sinken?

**Dr. Hannowsky:** Zunächst einmal sollte sie darauf verzichten, die Energiekosten noch durch zusätzliche Abgaben zu belasten: Umsatzsteuer, Stromsteuer und Konzessionsabgabe, erneuerbare Energien und Kraftwärmekopplung machen fast 40 Prozent der Stromkosten aus. Da wirkt es geradezu scheinheilig, wenn Politiker die hohen Strompreise beklagen.

**ferrum:** Aber wird die Politik nicht auch helfen, durch mehr Wettbewerb auf

den Energiemärkten die Preise zu senken?

**Dr. Hannowsky:** Grundsätzlich ist Wettbewerb volkswirtschaftlich zu begrüßen. Niedrigere Energiepreise einfach politisch zu verordnen, geht jedoch an der unternehmerischen Wirklichkeit vorbei. Ein solches Vorgehen gefährdet nicht nur die Netzsicherheit, sondern auch den Bestand vieler Unternehmen. Denn die meisten privaten Energieversorger haben ihre Effizienzspielräume bereits ausgeschöpft.

Werden nun weitere Preissenkungen verordnet, so wird dies auf Kosten der Qualität gehen. Und zu Personalabbau führen. Es sei denn, die Gewerkschaft Verdi zeigt sich bei der Reform unserer tarifvertraglichen Regelungen flexibel. Danach sieht es jedoch im Moment leider nicht aus...



Foto: Speker

Volker Plücker (l.) Leiter des Geschäftsbereichs Industriefilter bei MANN+HUMMEL in Speyer und Marketing-Leiter Thomas Netsch zeigen ein neuartiges Diesel-Partikelfilter-System von MANN+HUMMEL, das über eine neuartige Selbstreinigungsfunktion verfügt.

## Neues Diesel-Partikelfilter-System

# Intelligente Filter reinigen sich selber

Es ist eine Investition in die Zukunft – sowohl in die ökologische, als auch in die betriebswirtschaftliche: MANN+HUMMEL treibt in Speyer die Entwicklung und Marktdurchdringung ihrer Dieselpartikelfilter für Offroad-Fahrzeuge voran. Ökologisch zukunftssträftig sind diese Filter, weil etwa 50 Prozent des Feinstaub-Aufkommens von Fahrzeugen in Deutschland auf Baumaschinen, Traktoren oder Gabelstapler zurückgehen. Und betriebswirtschaftlich interessant ist ein solches Engagement schon jetzt, da die gesetzlichen Regelungen bereits absehbar sind – spätestens ab 2011 startet ein Stufenplan, demzufolge Offroad-Dieselfahrzeuge in Deutschland mit entsprechenden Filtern ausgestattet sein müssen.

Seit knapp zwei Jahren setzt MANN+HUMMEL auf Dieselpartikelfilter. Ihre Effektivität wird in der so genannten „Abscheiderate“ bestimmt – also in dem Wert der beschreibt, wie viel Feinstaub aus den Abgasen herausgefiltert wird. Im Pkw-Bereich schreibt der Gesetzgeber einen Wert von 30 Prozent vor. Bei den Offroad-Fahrzeugen erreichen MANN+ HUMMEL-Filter jedoch eine Abscheiderate, von mehr als 99 Prozent. Das hat technische Gründe, wie der Leiter des



präsentieren das neue selbstreinigende Diesel-

und brennt dann komplett über den ganzen Filter ab. Damit der Ruß entzündet werden kann wird die normale Zündtemperatur von ca. 600°C mit Hilfe eines Dieseladditivs auf etwa 400°C reduziert. Das Dieseladditiv wird automatisch in der richtigen Dosierung in den Kraftstofftank gefüllt. Bei der Verbrennung im Motor verbindet sich das Additiv mit dem Ruß und sorgt dann im Filter für eine leichte Entzündung des Rußes durch das Heizelement.

Der Gesetzgebungsdruck auf die Hersteller von Baumaschinen, Dieselpartikelfilter in ihre Fahrzeuge einzubauen rückt näher. Derzeit sind diese Filter noch nicht einmal Bestandteil der Sonderausstattung und können nur nachgerüstet werden. Aber dies wird sich nach Einschätzung von Volker Plücker schon sehr bald ändern. In der Schweiz müssen Baumaschinen bereits seit 1998 mit den entsprechenden Filtersystemen ausgestattet sein, in Tirol gilt dies in Luftsanierungsgebieten seit 2005. Ähnliche Einzelregelungen gibt es bereits in London, Kalifornien und New York – in Italien besteht derzeit noch ein Anreizsystem über finanzielle Vergünstigungen für den Einsatz entsprechender Filter. Laut Plücker

tritt 2011 europaweit ein neuer Standard für den Ausstoß von Feinstaub in Kraft, der ohne den Einbau von Dieselpartikel-Filtern nicht erreichbar ist.

Die Dieselpartikelfilter sind jedoch im Geschäftsbereich der Industriefilter von MANN+HUMMEL nur ein Produkt von Mehreren, wenn auch ein Besonderes. Neben den Feinstaub-Filtern entwickeln und produzieren die Speyerer Filterbauer Filter für fast alle denkbaren industriellen Nutzungen. Luftentölungselemente für Kompressoren gehören genauso zum Programm, wie Luftfilter, etwa für die Motoren von Baumaschinen. „Wir arbeiten mit kleinen und mittleren Losgrößen und können individuell auf die Kundenwünsche eingehen“, beschreibt Plücker den Vorteil des Geschäftsbereichs Industriefilter. „Wir decken eine große Variantenvielfalt ab – das funktioniert allerdings auch nur deswegen, weil unsere Produkte als flexible Baukastensysteme funktionieren“, so Plücker. In vielen Schiffen, Kompressoren, Traktoren, Mähdreschern oder Gabelstaplern sind MANN+HUMMEL-Filter enthalten. So ist das Unternehmen nach eigenen Angaben beispielsweise „die absolute Nummer eins in Europa bei Filtern in Kompressoren“.

Geschäftsbereichs Industriefilter bei MANN+HUMMEL, Volker Plücker, deutlich macht: „Die MANN+HUMMEL Filter sind geschlossene Systeme, die Diesel-emissionen vollständig beseitigen. Die Leistungsfähigkeit des Filters wird durch das Abreinigungssystem realisiert. Er sorgt dafür, dass der Filter zuverlässig arbeitet.“

Für Offroad Fahrzeuge bietet MANN+HUMMEL eine neue, einzigartige Technik an. Diese sorgt dafür, dass durch Sensoren der Beladungszustand des Filters ständig überprüft wird. Bei Bedarf wird die Abreinigung automatisch und vom Maschinenführer unbemerkt durchgeführt. Dazu wird der Druck vor und hinter dem Filter gemessen. Über ein Heizelement wird der Ruß während des Betriebes mit elektrischer Energie entzündet



Foto: Speker

Filter verschiedenster Größen und Einsatzgebiete fertigen die MANN+HUMMEL-Mitarbeiter in Speyer.

## Stiftung PfalzMetall: Kernkompetenz Bildung



Der Stiftungsrat der Stiftung PfalzMetall: Prof. Dr. Roman Heiligenthal, Michael Garthe, Theo Wieder, Dr. Friedhelm Plogmann, Michael Ebling, Dr. Wolfgang Reuter, Johannes Heger und Prof. Dr. Dr. Helmut Schmidt (v.l.n.r.).

**Der Stiftungsrat der Stiftung PfalzMetall ist gestern im Industriehaus in Neustadt an der Weinstraße zum ersten Mal zusammengekommen.**

**Das Gremium berät den Vorstand der Stiftung, die im vergangenen Jahr vom Verband der Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie ins Leben gerufen wurde. Mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro ist die Stiftung PfalzMetall eine der größten Stiftungen in Rheinland-Pfalz.**

**Z**u seinem Vorsitzenden wählte der Stiftungsrat einstimmig den Bezirkstagsvorsitzenden des Bezirksverbandes der Pfalz, Theo Wieder. Ihm steht als sein Stellvertreter der Vorsitzende des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz, Dr. Friedhelm Plogmann, zur Seite. Außerdem gehören dem Gremium der Staatssekretär im Kultusministerium, Michael Ebling, der Chefredakteur der Tageszeitung Die Rheinpfalz, Michael Garthe, der Geschäftsführende Gesellschafter der HegerGuss GmbH, Johannes Heger, der Präsident der Universität Koblenz-Landau, Prof. Dr. Roman Heiligenthal, der Geschäftsführer und Vizepräsident Verkauf und Entwicklung von Tenneco Automotive Heinrich Gillet GmbH, Dr. Wolfgang Reuter, sowie der Präsident der TU Kaiserslautern, Prof. Dr. Dr. Helmut Schmidt an.

Dr. Eduard Kulenkamp, Präsident von PfalzMetall und Vorsitzender der Stiftung, dankte den Mitgliedern des Stiftungsrates für ihre Bereitschaft, in dem Gremium mitzuwirken und ihre Kompetenz zur Verfügung zu stellen. Die Stiftung PfalzMetall wolle im Schwerpunkt der Bereich der Aus- und Weiterbildung fördern und hier einen Schwerpunkt auf die Förderung von naturwissenschaftlich-technischen Berufszweigen legen: „Wohlstand lässt sich nur dann dauerhaft sichern, wenn es gelingt die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten“, zeigte Dr. Kulenkamp einen der Beweggründe für die Einrichtung der Stiftung auf. Bildung sei ein zentraler Baustein und die Kernkompetenz der Stiftung PfalzMetall.



## Otto Hochreuter verstorben

**D**er langjährige Verbandsingenieur von PfalzMetall und Geschäftsführer des REFA-Landesverbandes Otto Hochreuter ist am 12. Dezember des vergangenen Jahres im Alter von 79 Jahren verstorben. Hochreuter begann seinen beruflichen Werdegang mit einer Maschinenschlosserlehre. Nach mehreren Berufsjahren nahm er an der Ingenieurschule Mannheim sein Studium auf und übernahm 1968 bei PfalzMetall die arbeitswissenschaftliche Position des Verbandsingenieurs, die er 25 Jahre bis 1993 innehatte.

Neben seinen verbandlichen Aufgaben betreute er von 1970 bis 2001 als Geschäftsführer den REFA-Landesverband Rheinland-Pfalz. Für seine Verdienste um die REFA-Organisation wurde Otto Hochreuter 1993 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Der Verband der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie verliert mit Otto Hochreuter einen engagierten, kompetenten und menschlich überaus angenehmen Freund und Wegbegleiter.



Foto: Pfaff

## Pfaff erhöht sein Kapital

**Neben der Kapitalerhöhung macht auch der Pfaff-Neubau Fortschritte – das Gerüst und die späteren Ausmaße sind bereits erkennbar.**

**Im Zuge der Realisierung der von PFAFF angestrebten Wachstumsstrategie erfolgte eine Kapitalerhöhung in Höhe von 700.000 Stückaktien zu einem Preis von 2,38 EURO je Aktie, das heißt ein Gesamtvolumen von 1.666.000 Euro. Das meldet die PFAFF Industrie Maschinen AG jetzt in einer Pressemitteilung.**

**D**ie Kapitalerhöhung wurde zur Gänze von der GCI Bridge Capital AG, der Mehrheitsgesellschafterin der PFAFF Industrie Maschinen AG, gezeichnet. „Mit dem Erlös dieser Kapitalerhöhung in

Höhe von insgesamt von insgesamt 1.666.000 Euro verfolgen wir den angestrebten Weg, unsere Marktposition weiter zu stärken. Dies beinhaltet im Schwerpunkt einerseits die Realisierung und Umsetzung der eigenen, erfolgreich gestarteten Produktentwicklungen. Andererseits schließt dies zielgerichtete, strategische Akquisitionen nicht aus. Weitere kurzfristige Kapitalerhöhungen, mit dem Ziel der Umsetzungen unserer Buy & Build-Strategie, werden erfolgen“, so Peter Schwenk, Vorstandsvorsitzender der PFAFF Industrie Maschinen AG.

Die PFAFF Industrie Maschinen AG ist einer der weltweit führenden Hersteller von Industrienähmaschinen und Schweißmaschinen. Das Unternehmen mit zwei Produktionsstandorten in Kaiserslautern sowie in Taicang, China, beschäftigt weltweit mehr als 700 Mitarbeiter und bedient mit neun eigenen Vertriebsgesellschaften und über 100 Händlern den internationalen Markt für Automatisierungstechnik von näh- und schweißtechnischen Prozessen. Seit Januar 2007 ist das Traditionsunternehmen im Freiverkehr der Börse Frankfurt sowie auf XETRA notiert.

Reform des Versicherungsvertragsgesetzes bringt Verbesserungen für die Versicherten

# Auf Nummer sicher bei Versicherungen



Foto: ©AnguanePIXELIO

**Nicht nur nach, sondern auch vor dem Vertragsabschluss können sich die Verbraucher jetzt noch sicherer fühlen: Die neuen gesetzlichen Regelungen bringen nach Ansicht der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz eine Reihe von Verbesserungen mit sich.**

**D**ie zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) bringt für Versicherte zahlreiche Verbesserungen, so die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Einziger Wermutstropfen: Von wenigen Ausnahmen abgesehen gelten die neuen Regelungen nur für neue Verträge, die ab Januar 2008 abgeschlossen werden. Einige Versicherer haben aber angekündigt, das neue Gesetz einheitlich auf Alt- und Neuverträge anzuwenden.

Einige der wichtigen Änderungen, die das neue Versicherungsvertragsgesetz für Versicherungskunden bringt:

### Verbesserte Beratung und Information vor Vertragsabschluss

Versicherer müssen vor Vertragsabschluss besser beraten und über die an-

gebotenen Produkte informieren. Sie müssen ihren Kunden bereits vor der Antragstellung die Versicherungsbedingungen und ein Produktinformationsblatt aushändigen.

### Wegfall des Alles-oder-Nichts-Prinzips

Bislang haben Versicherte im Schadensfall entweder die volle Entschädigung erhalten oder sind – bei grobem eigenen Mitverschulden – leer ausgegangen. Nach dem neuen Gesetz muss die Versicherung selbst in diesen Fällen zumindest einen Teil des Schadens ersetzen.

### Mehr Klarheit beim Widerruf

Künftig wird nicht mehr zwischen Rücktritt, Widerruf und Widerspruch mit unterschiedlichsten Fristen unterschied-

den. Es gibt nur noch das Widerrufsrecht. Danach können Lebensversicherungen innerhalb von 30 Tagen und alle anderen Versicherungsverträge innerhalb von zwei Wochen widerrufen werden. Fehlt die Widerrufsbelehrung oder ist sie nicht korrekt, kann ein Vertrag praktisch unbefristet widerrufen werden.

### Verbesserungen bei Lebensversicherungen

Der Anspruch auf Überschussbeteiligung wird gesetzlich festgeschrieben. Außerdem gibt es künftig auch eine gerechtere Verteilung der Gewinne – übrigens auch bei Altverträgen für die Restlaufzeit ab 2008. Ein Frühstorno einer Lebensversicherung bedeutet nicht mehr den Kompletterlust der Einzahlungen, denn es gibt ab sofort einen garantierten Mindestrückkaufwert.

Wer von seiner Versicherungsgesellschaft die Umstellung seiner Verträge auf neues Recht fordern will, erhält hierzu Informationen und ein Musterschreiben der Verbraucherzentrale. Diese können im Internet kostenlos unter [www.vz-rlp.de](http://www.vz-rlp.de) herunter geladen werden. Postversand erfolgt gegen Einsendung eines mit 0,55 Euro frankierten Rückumschlags über die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, Versand, Postfach 41 07 in 55031 Mainz, Stichwort VVG.



Foto: ©BerwitsPIXELIO

Wenn Katastrophen-Opfer diskriminiert werden / Das Rote Kreuz engagiert sich:

## Katastrophen-Vorsorge als Aufgabe

Im Jahr 2006 waren 142 Millionen Menschen von Naturkatastrophen betroffen, rund 24.000 Menschen sind durch die Auswirkungen ums Leben gekommen. Die Katastrophen haben Schäden von 34,5 Milliarden US-Dollar verursacht. Das geht aus dem Weltkatastrophenbericht der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) hervor, der dieses Jahr das Thema Diskriminierung in Katastrophen behandelt. Demnach ist die Situation während und nach einer Katastrophe für Kinder, Alte, Angehörige einer ethnischen Minderheit und Behinderte besonders kritisch.

„Katastrophen diskriminieren nicht, von einer Katastrophe sind alle betroffen“, sagt DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters in einer Pressemitteilung seiner Organisation. „Menschen sind für Diskriminierung verantwortlich und diese kann in einer Notlage für die Schwachen einer Gesellschaft tödlich sein.“ Diskriminierung müsse schon vor Eintreten des Katastrophenfalls identifiziert und bekämpft werden. „Aus diesem Grund ist neben der Katastrophenhilfe vor allem die langfristige Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiges Anliegen des DRK“, so Seiters. Wie erfolgreich langfristige Katastrophen-Vorsorge sein kann, zeigt das Beispiel Bangladesch. Zyklon Sidr hat in Bangladesch rund 3000 Menschenleben gekostet, 1971 starben bei einem Zyklon der gleichen Stärke 141.000 Menschen. Das DRK unterstützt den Bangladeschischen Roten Halbmond in der Vorbereitung auf zyklische Wirbelstürme seit 1996.

Der Ausbau eines Frühwarnsystems ist ebenso Teil der DRK-Arbeit wie das Ausarbeiten und die Durchführung von Evakuierungs-Plänen. Dabei wurden speziell Frauen einbezogen, was aufgrund der sozialen Strukturen in Bangladesch nicht ohne Schwierigkeiten möglich war.



Foto: Bolivianisches Rotes Kreuz

**Bolivien 2007: Das Bolivianische Rote Kreuz verteilte Hilfsgüter an 5000 Familien nach den Erdbeben. Die Hilfsorganisation stellte sicher, dass die Säcke mit Hilfsgütern sowohl für junge als auch alte Menschen tragbar sind.**

DRK-Präsident Seiters sieht die Katastrophen-Vorsorge in Bangladesch als besonders positives Beispiel langfristiger Rotkreuz-Arbeit. „Die Schwachen einer Gesellschaft müssen grundsätzlich in die Katastrophenvorsorge integriert werden, denn nur sie kennen die eigenen Bedürfnisse.“

### Spendenkonto:

Deutsches Rotes Kreuz  
Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 41 41 41  
BLZ: 370 205 00  
Stichwort: Kenia

# Grafik des Monats



## Shoppen für Steinbrück

Wer zu Weihnachten in der Gourmet-Abteilung der Kaufhäuser mal so richtig zugeschlagen hat, der hat nicht nur seinen Lieben, sondern auch dem Finanzminister einen richtig großen Gefallen getan. Denn gerade bei leckeren Sachen hält der Fiskus gerne die Hand auf: So machen Schampus- aber auch Kaffeesteuer die Geschenke noch einmal richtig teuer. Und auch der Familienbesuch will wohlüberlegt sein, denn an der Zapfsäule zapft auch der Staat kräftig mit.